

Resettlement Assessment Bayern, Juni 2016

Analyse der existierenden Strukturen zu Unterstützung und Beratung von Resettlement-Flüchtlingen



I Zusammenfassung

Seit 2008 beteiligt sich Deutschland bei der Neuansiedlung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen aus Krisengebieten mit einem eigenen Resettlement-Programm¹. Da Resettlement-Flüchtlinge erst seit wenigen Jahren in Deutschland aufgenommen werden, kommt es in diesem Prozess der „Wiederansiedlung“ immer wieder zu Problemen und speziellen Herausforderungen. Insgesamt ist der Ablauf von Resettlement in Deutschland noch relativ intransparent und unorganisiert, vor allem in Bezug auf die Kommunikation zwischen Regierung (von Mittelfranken) und den Betreuenden in den aufnehmenden Gemeinden. Save me München hat in den letzten Jahren immer wieder Fälle aus ganz Deutschland betreut in denen Resettlement-Flüchtlinge ohne angemessene Unterstützung in den Kommunen der Bundesrepublik alleingelassen wurden – teils mit schwerwiegenden Folgen.²

Das Ergebnis dieses Assessments bestätigt die Annahme von Save me München, dass ein beträchtlicher Teil der Resettlement-Flüchtlinge in Bayern (und wahrscheinlich auch in anderen Bundesländern) keine oder nur sehr begrenzte Beratung und Unterstützung erhält. Weiterhin ergab sich aus den Focus Groups und Interviews in bayrischen Gemeinden (siehe Abbildung 1), dass nur wenige der in der Migrationsberatung tätigen Personen den Begriff des Resettlements kannte, geschweige denn den besonderen rechtlichen Status und Beratungsbedarf der damit verbunden ist. Somit existieren keine oder wenige Anlaufstellen, die über das nötige (rechtliche) Wissen verfügen um eine effektive Beratung zu gewährleisten.

Anhand dieser alarmierenden Ergebnisse wird deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf um die Wiederansiedlung und Integration von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Deutschland weitreichend zu verbessern (anstatt auf die ohnehin überlasteten Migrationsberatungen zu vertrauen). Um in Zukunft von einem ganzheitlichen Engagement für besonders schutzbedürftige Geflüchtete sprechen zu können, muss das sogenannte „Resettlement-Programm“ der Bundesregierung um eine effektive und nachhaltige Beratungskomponente ergänzt werden.

¹ Der Begriff Resettlement bezeichnet die dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit bietet, sich im Land zu integrieren.

² Ablauf der Frist für Familiennachzug, Geflüchtete haben trotz erhöhter medizinischer Bedürfnisse (Kriterium für Schutzbedürftigkeit) monatelang keine Versicherung, etc.

Kommune	Resettlement im Jahr 2014	Resettlement im Jahr 2015
Bayreuth	10	0
Pfaffenhofen	0	31
Emmering	0	
München	36	35
Nürnberg		
Fürth	0	
Poppenhausen	0	8
...		
Summe	46	74

Abbildung 1: Anzahl der Resettlement-Flüchtlinge in den jeweiligen bayrischen Gemeinden für die Jahre 2014 und 2015

II Hintergrund, Ziel und Vorgehensweise

Hintergrund für die Durchführung des Assessments:

- Durch eigenen Erfahrungen von Save me München und den Austausch mit anderen an der Einreise von Resettlement-Flüchtlingen beteiligten Akteuren erhärtete sich der Verdacht, dass der Prozess der Wiederansiedlung von Resettlement-Flüchtlingen intransparent und mangelhaft organisiert ist.
- Obwohl wichtige Informationen schon früh vorliegen werden lokale Ansprechpartner wie z.B. Migrationsberatungen meist erst Tage oder Stunden vor der Ankunft der Geflüchteten informiert
- Save me betreute und dokumentierte im Zeitraum X-Y eine Vielzahl von Resettlement-Flüchtlingen, die in Kommunen ohne jegliche Betreuung „abgestellt“ wurden und komplett auf sich alleine gestellt waren

Ziele

- Dokumentation der aktuellen Betreuungssituation der Resettlement-Flüchtlinge in den bayrischen Kommunen
- Abgleich der von Save me München gesammelten Erkenntnissen mit den Erfahrungen der lokalen Ansprechpartner/Migrationsberatungen in den bayrischen Kommunen
- Erste Vernetzung mit Migrationsberatungen und anderen in der Betreuung von Resettlement-Flüchtlingen involvierten Akteuren (Schwerpunkte: Wohnen und Sozialeinrichtungen)
- Formulierung der Ergebnisse in einem Bericht
- Mittelfristig: Erstellung eines Konzepts für einen ganzheitlichen Ansatz des deutschen Resettlement-Programms (inkl. Angemessener Unterstützung nach der Einreise).

Vorgehensweise

- Zunächst galt es die Kommunen zu identifizieren, in denen bayernweit Resettler untergebracht sind. Eine Anfrage an die Regierung von Mittelfranken blieb zunächst ohne Erfolg. Erst durch eine offizielle Anfrage im Landtag durch die Abgeordnete Christine Kamm wurden uns der Verteilungsschlüssel mitgeteilt.

- Im Zeitraum März bis Mai 2016 identifizierte das Team von Save me München in den relevanten Gemeinden die Akteure, welche mit Resettlement-Flüchtlingen arbeiten (überwiegend die örtlichen Migrationsberatungen) und vereinbarte Treffen in der überwiegenden Mehrheit der Kommunen
- Im Juni 2016 traf das Team von Save me München Verantwortliche in Nürnberg, Fürth, Pfaffenhofen an der Ilm, Bayreuth und Schweinfurt (für Resettlement-Flüchtlinge in Poppenhausen zuständig). Die Ergebnisse dieses Assessments stützen sich vor allem auf die Interviews und Focus Groups dieser Treffen.
- Weiterhin identifizierte Save me München die Migrationsberatungen/Ehrenamtlichen aus den restlichen bayrischen Gemeinden, welche mit Resettlement-Flüchtlingen gearbeitet hatten und befragte diese telefonisch zu ihren Erfahrungen (Emmering, Ebersberg, Petershausen)
- Die Ergebnisse des Assessments wurden in Mitschriften dokumentiert und diesem Bericht zusammengefasst

III Ergebnisse in Bayern

Die von Save me über die letzten Jahre dokumentierten Beobachtungen legten den Schluss nahe, dass kein ganzheitliches Resettlement-Konzept auf Bundesebene existiert. Die Ergebnisse dieses Assessments bestätigen den Verdacht, dass Resettlement-Flüchtlinge zwar von der Regierung eingeflogen werden, jedoch de facto nicht für eine adäquate Betreuung und Beratung der Geflüchteten vor Ort gesorgt wird. Dies führt immer wieder zu großer Verwirrung auf Seiten der Geflüchteten und der Migrationsberatung (welche theoretisch für die Betreuung zuständig wäre). In vielen Fällen führte nicht existente oder mangelhafte Betreuung bereits zu ernsthaften Konsequenzen für die Geflüchteten (Ablauf der Frist für Familiennachzug, Geflüchtete haben monatelang keine Krankenversicherung, medizinische Notfälle werden nicht sofort behandelt, etc.).

Das Fazit des Assessments gestaltet sich damit ebenso beunruhigend wie einseitig: In keiner der kontaktierten bayrischen Gemeinden gibt es Verantwortliche die speziell für die Beratung von Resettlement-Flüchtlingen geschult sind.³ Das sehr begrenzte Wissen der befragten Personen über den besonderen (rechtlichen) Status von Resettlement-Flüchtlingen beruhte Großteils auf Erfahrungen von früheren Kontingentaufnahmen durch die Bundesregierung (wie etwa 2009/10) oder auf eigener Recherche. Wirklich vertraut mit dem Begriff Resettlement, geschweige denn dem besonderen Betreuungsbedarf dieser Gruppe von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten, war vor der Kontaktaufnahme durch Save me München fast keiner der Gesprächspartner.

Einreise und Unterbringung

Die Gesprächspartner in allen besuchten Gemeinden gaben an, dass die Kommunikation mit der Regierung von Mittelfranken (welche für die Verteilung auf die Gemeinden zuständig ist) ihre Arbeit enorm erschwere. So wird die Einreise von Resettlement-Flüchtlingen, ähnlich wie in München, äußerst kurzfristig oder falsch kommuniziert (in einigen Fällen fand dann überraschend doch keine Einreise statt).

In den meisten Fällen ist die Kommune für die Unterbringung der Resettlement-Flüchtlinge zuständig, welche diese oft in Übergangswohnheimen oder anderen, eigentlich temporären Einrichtungen,

³ Zum Vergleich: In München existiert ein Resettlement-Projekt, das sich aus dem Team von Save me München, den Sozialpädagoginnen - angesiedelt bei InitiativGruppe e.V. und dem Sozialreferat der Stadt München zusammensetzt. Siehe auch www.save-me-muenchen.de

einquartiert. Aufgrund von überlasteten Wohnungsmärkten bleiben die Geflüchteten hier oft lange Zeit und sind auf den persönlichen Einsatz von Migrationsberatung und Ehrenamtlichen angewiesen um eine Wohnung zu finden. In manchen Fällen wurden Resettlement-Flüchtlinge sogar über lange Zeit in Asylheimen untergebracht, weil man sie für reguläre Asylbewerber hielt.

Sozial- und Rechtsberatung

Es kann von Resettlement-Flüchtlinge nicht erwartet werden, dass sie ihren eigenen rechtlichen Status kennen und die damit verbundenen Rechte einfordern. Deshalb ist eine intensive Beratung gerade im ersten Jahr nach der Einreise unerlässlich. Die Tatsache, dass für das Resettlement-Programm besonders schutzbedürftige⁴ Flüchtlinge ausgewählt werden erhöht den Betreuungsbedarf zusätzlich, da viele Geflüchtete bei ihrer Ankunft sofort medizinische Behandlung benötigen.

Die Betreuung der Resettlement-Flüchtlingen basiert in den meisten Fällen jedoch auf dem persönlichen Einsatz und Engagement der lokalen Migrationsberatungen und den Ehrenamtlichen, welche in den meisten Fällen nie für diese spezielle Art der Betreuung ausgebildet bzw. sensibilisiert wurden.

Kontakt mit lokalen Behörden

In fast allen bayrischen Gemeinden kommt es regelmäßig zu Problemen bei der Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden, da diese den rechtlichen Status der Resettlement-Flüchtlinge nicht kennen. In Ermangelung von finanzieller Unterstützung zur Bezahlung von Dolmetschern können die Geflüchteten ihre Anliegen oft nicht adäquat vortragen. Überlastete Kapazitäten der Migrationsberatungen hindern diese außerdem daran die Resettlement-Flüchtlinge zu den Behördengängen zu begleiten (um beispielsweise deren besonderen rechtlichen Status zu erklären).

Schutzbedürftigkeit

Der besonderen Schutzbedürftigkeit der Resettlement-Flüchtlinge wird kaum Rechnung getragen und die lokalen Akteure nicht über die besonderen Konditionen der Geflüchteten informiert. Es existieren kaum Mechanismen um die in vielen Fällen dringend notwendige psychologische oder medizinische Betreuung zu leisten. Lokale Migrationsberatungen und Ehrenamtliche sind hierfür weder ausgebildet, noch haben sie ausreichende Kapazitäten um diese Aufgabe zu bewältigen. In vielen Fällen wurden Resettlement-Flüchtlinge mit ihren Problemen alleine gelassen und erst betreut nachdem eine lokale Migrationsberatung auf den Missstand aufmerksam geworden war.

Größter Handlungsbedarf aus Sicht der Befragten

Insgesamt stellte die mangelhafte Transparenz und Kommunikation der Regierung vor der Ankunft der Resettlement-Flüchtlinge den größten Kritikpunkt dar. Fast alle Migrationsberatungen berichteten von Fällen, bei denen die Resettlement-Flüchtlinge mit minimaler Vorlaufzeit (wenige Tage/Stunden) angekündigt wurden. Darüber hinaus wurde vor allem eine bessere psychologische Betreuung für Resettlement-Flüchtlinge, sowie mehr Weiterbildungen zum Thema Resettlement für die am Prozess beteiligten Akteure in den Kommunen angesprochen (Migrationsberatungen, Ehrenamtliche, Ämter). Weiterhin stellt die Beratung von Resettlement-Flüchtlingen einen erheblichen Arbeitsaufwand für die

⁴ Hierbei handelt es sich um Folteropfer, traumatisierte Flüchtlinge, Personen mit besonderen rechtlichen oder physischen Schutzbedürfnissen, kranke Personen, deren Behandlung im Erstzufluchtsstaat nicht gewährleistet ist, Frauen, die in den Erstzufluchtsstaaten häufig besonderen Risiken ausgesetzt sind, insbesondere wenn sie allein stehend oder allein erziehend sind, Minderjährige oder ältere Flüchtlinge sowie Personen, die bereits Familienangehörige in den Resettlement-Staaten haben.

lokalen Migrationsberatungen dar, weshalb die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten ebenfalls als wichtiger Punkt genannt wurde.

	Allgemein	Zugang zu Unterstützung	Qualität der Unterstützung
Einreise und Unterbringung	<ul style="list-style-type: none"> Die Einreise wird den lokalen Beratungen oft nur wenige Stunden/Tage vorher angekündigt, → keine Zeit zur Vorbereitung Keine standardisierte Vorgehensweise, meist improvisierte Lösungen durch Migrationsberatungen Stadt nutzt oft Übergangsunterkünfte (vor allem bei überlastetem Wohnungsmarkt) Teilweise „stranden“ Resettlement-Flüchtlinge in Asylbewerberheimen, da niemand ihren Status kennt 	<ul style="list-style-type: none"> Hängt stark von dem persönlichen Engagement der lokalen Migrationsberatung/der Ehrenamtlichen ab In manchen Fällen unterstützen Familienmitglieder, die bereits vor Ort wohnen, die Wohnungssuche Unterstützung durch die Stadt/Regierung ist selten 	<ul style="list-style-type: none"> Bestehende Wohnungsengpässe in Kommunen machen es Migrationsberatungen schwer Wohnungen zu finden Stadt und Regierung lassen die Geflüchteten häufig in Gemeinschaftsunterkünften anstatt ihnen eigenen Wohnungen zu besorgen Resettlement-Flüchtlinge müssen oft lange mit Übergangslösungen leben
Sozial- und Rechtsberatung	<ul style="list-style-type: none"> Die Betreuung wird meist von den lokalen Migrationsberatungen oder Ehrenamtlichen geleistet Die Beratung vor Resettlement-Flüchtlingen erfordert wesentlich mehr Zeiteinsatz von den Migrationsberatungen als beispielsweise die eines Migranten aus einem EU-Land 	<ul style="list-style-type: none"> Die lokalen Migrationsberatungen sind überlastet und haben meist keine Kapazitäten um auf den spezifischen Beratungsbedarf der Resettlement-Flüchtlinge einzugehen Verwandte/Freunde/andere Geflüchtete können die Integration zwar teilweise unterstützen, kennen die rechtlichen Grundlagen aber in der Regel nicht Der besondere Beratungsbedarf der Resettlement-Flüchtlinge wird im Vergleich mit regulären Migranten oft nicht berücksichtigt 	<ul style="list-style-type: none"> Unzureichende Beratung aufgrund mangelnder Kenntnis über spezielle Bedürfnisse und Status der Resettlement-Flüchtlinge (z.B. wird keine Krankenversicherung für die Resettlement-Flüchtlinge abgeschlossen, da dies bei Asylbewerbern nicht nötig ist) Besonders rechtliche Beratung (z.B. zum Thema Familiennachzug) kann meist nicht geleistet werden
Kontakt mit Behörden	<ul style="list-style-type: none"> Behörden kennen den rechtlichen Status der Resettlement-Flüchtlinge in der Regel nicht Keine ausreichenden Kapazitäten für die Begleitung zu Ämtern durch Migrationsberatungen Oft sind keine finanziellen Mittel für Dolmetscher vorhanden 	<ul style="list-style-type: none"> Starke Diskriminierung der Resettlement-Flüchtlinge durch deutsche Behörden aufgrund ihres seltenen Status Dienstleistungen/Beratung werden häufig verwehrt Behörden verlangen oft ungerechtfertigter Weise Dokumente, etc. Behördengänge müssten in der Regel von Mitarbeitern der Migrationsberatungen begleitet werden (aufgrund ausgelasteter Kapazitäten nur selten möglich ist) 	<ul style="list-style-type: none"> Falsche Informationen werden ausgegeben, sowie falsche/keine Leistungen zugestanden Es existieren in den meisten Kommunen keine Ansprechpartner die für die Arbeit mit Resettlement-Flüchtlingen geschult sind Migrationsberatungen müssen gegen Behörden ankämpfen, weil diese den Status der Resettlement-Flüchtlinge nicht kennen Willkür bei Entscheidungen

<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Schutzbedürftigkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Resettlement-Flüchtlinge benötigen aufgrund ihrer Schutzbedürftigkeit von Anfang an intensive Betreuung ▪ Lokale Akteure/Migrationsberatungen werden in der Regel nicht über die spezifischen Gründe für die Schutzbedürftigkeit der Geflüchteten informiert 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nach der Ankunft in den jeweiligen Gemeinden werden gesundheitliche Härtefälle oft nicht erkannt und einer sofortigen Behandlung zugeführt ▪ Migrationsberatungen und Ehrenamtliche versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten psychologische und medizinische Hilfe zu organisieren (was vor allem in kleinen Kommunen oft schwer möglich ist) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Migrationsberatungen sind für den Umgang mit medizinischen Härtefällen und stark traumatisierten Geflüchteten nicht ausgebildet ▪ Da keine Informationen zu Gründen für die Schutzbedürftigkeit vorliegen besteht die Gefahr von Fehlentscheidungen
--	---	---	--